

für den Gemeinderat, schon in normalen Zeiten selbst wenn es sich um die besten und zweckmäßigsten Schaffungen für die Allgemeinheit handelt — mit Vorlagen zu kommen, durch welche der Bevölkerung eine neue finanzielle Belastung auferlegt werden soll. Um wieviel schwerer war daher das Unternehmen, mit einer Mehrbelastung zu einer Zeit zu kommen, da der weitaus größte Teil der Bevölkerung alle Unbilden, die durch den Krieg hervorgerufen wurden, zu tragen hat. Wenn daher die Wiener Bevölkerung die neuen Lasten nicht ohne Widerspruch aufgenommen hat, so ist dies begreiflich, aber sie hat in einer würdigen Weise dazu Stellung genommen, aus der zu ersehen ist, daß sie sich der schweren Zeit und der Pflicht voll bewußt und selbst bei Auf-erlegung der größten Opfer und Entbehrungen bemüht ist, mitzuhelfen, damit wir durchhalten können, bis uns ein ehrenvoller Friede beschieden sein wird.

Mit Rücksicht auf die noch immer ungünstiger werdende wirtschaftliche Lage hat es die Gemeinde als ihre Pflicht angesehen, neuerlich eine Erhöhung der Kriegszulagen zu beantragen, wobei eine günstigere Berücksichtigung der unteren Kategorien, insbesondere aber jener Familien, die eine größere Kinderzahl haben, eintreten soll. Familien mit mehr als sechs Personen erhalten für jedes weitere Kind 60 K. Zulage. Die bisherige Kriegszulage beträgt höchstens 19 Prozent vom Gehalt. Nach der neuen Vorlage erhöht sie sich bis zu 41 Prozent.

Bezüglich der Familien von Eingerückten, die nur den halben Gehalt beziehen, ist zu bemerken, daß sie auch diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, da durch die Gewährung der zweiten Hälfte des Gehaltes, beziehungsweise des Lohnes eine bedeutende Entlastung für den Staat, dagegen nur für einen kleineren Teil der in Betracht kommenden Familien eine Verbesserung eintreten würde. Durch das Eingreifen des Magistrats bei den Direktionen der städtischen Unternehmungen, und besonders des Kollegen Kamschat ist dem größten Teil der in Frage kommenden Familien — vorausgesetzt, daß sie sich beworben haben — der Unterhaltsbeitrag erwirkt worden. In vielen Fällen ist durch ausgiebige Aushilfe die Lage der Angestellten verbessert worden. Eine Berücksichtigung der Eingerückten erscheint nicht möglich, da abgesehen von den Gassisten, die sich ja im Kriege bedeutend besser stehen, die Familien der dem Mannschafsstand angehörenden definitiven Beamten die vollen Bezüge erhalten, obwohl sie für ihre Person vom Militär versorgt und bekleidet werden. Schwer getroffen sind die Familien von in Gefangenschaft geratenen Gassisten, da die Frau nur ein Drittel des Gehaltes und das Quartiergeld erhält. Ich ersuche, daß es dem Herrn Bürgermeister, beziehungsweise den Herren Direktoren der städtischen Unternehmungen überlassen werde, Aushilfen in einzelnen Fällen zu bewilligen.

Der Staat hat auch eine Erhöhung der Gnadengaben (Gnadenerfordernisse) vorgenommen. Solche gibt es bei der Gemeinde nicht, da seit 1914 der Provisionsbezug als Altersversorgung eingeführt ist. Auch die Zuwendungen an die Bediensteten des Ruhestandes und an Witwen und Waisen haben eine weitgehende Verbesserung erfahren. Sie beziffern sich mit 32 Prozent bei einer Pension von 600 K., mit 24 Prozent bei 1000 K., 14 Prozent bei 2000 K., und sinken dann auf 10 Prozent und noch weniger herab.

Die Auslagen dürften sich auf 10 bis 11 Millionen Kronen belaufen, wodurch sich die bisherigen Kriegszulagen ungefähr auf das Doppelte belaufen. Bezüglich der Bedeckung für das zweite halbe Jahr wird mit der Aufstellung des Voranschlages für 1917/18 rechtzeitig Vorkehrung getroffen werden.

Das Beamtenelend.

Hohensinner: Wenn je ein Antrag eine blutige Notwendigkeit gewesen ist, so ist es dieser. Der Krieg hat uns eine gewisse Umgruppierung der Volkshände gebracht, deren auffallendstes Ergebnis das ist, daß die Festangestellten zum größten Teil in das Proletariat herabgesunken sind. In richtiger Erkenntnis dieser wirtschaftlichen Situation gibt nun die Gemeinde Wien die Teuerungszulagen; sie übt damit eine soziale Pflicht, und ich gestehe es offen, sie bemüht sich in wirklich anerkenntniswerter Weise, das traurige Los ihrer Angestellten zu verbessern. Aber ebenso muß ich sagen, daß die Angestellten über diese Kriegszulage nicht so recht vom Herzen froh werden können. Da ist zum Beispiel ein junger Beamter, der ledigen Standes ist, und erhält 204 K. Zulage, das sind im Monat 17 K. Der Staat gibt einem Beamten in derselben Rangklasse wenigstens 240 K. im Jahr. Die Gemeinde gibt auch diese Kriegszulage um ein ganzes Vierteljahr später. Ich nehme einen Beamten, der drei Kinder hat, er erhält 71 K. im Monat, und wenn dieser Mann nur Schuhe für seine Kinder kauft, so ist die Zulage schon verfliegen, und da nehme ich aber eine Familie, in der das Leben seinen normalen Gang geht. Wie aber, wenn ein Familienmitglied erkrankt. Die Ärzte haben in der letzten Zeit eine Erhöhung der Honorare beschlossen, und wenn nun der Arzt in einer solchen Familie erscheint, so ist ja nach kurzer Zeit eine Honorarforderung von 200 oder 300 K. beisammen, und ein Beamter, der in diesen Jahren Schulden machen muß, wird sich vielleicht Jahrzehnte lang

seinen Glaubigern nicht entrichten können. Ich habe mir die Frage vorgelegt, ob es nicht möglich wäre, die städtische Beamten- und Lehrerschaft in irgendeiner Weise mit den Bezirkskrankenkassen in Verbindung zu bringen oder ob nicht eine Vereinbarung zwischen den Gemeindeärzten und den Beamten und Lehrern möglich wäre. Der Beachtung ist dieses Projekt wohl würdig.

Ich glaube, daß die Beamten ihrer Zulagen nicht recht froh werden, wenn die Lebensmittelpreise sprunghaft in die Höhe gehen werden, und es ist gar nicht abzusehen, wohin wir noch kommen werden. Wenn das so weitergeht, stehen wir in einem halben Jahre ja wieder vor der Notwendigkeit, Kriegszulagen zu gewähren. Diese wollen aber bedeckt sein, und Steuererhöhungen machen umgekehrt wieder Kriegszulagen notwendig. Da haben wir die Schlinge, die sich in den Schwanz beißt. Eine radikale Abhilfe wäre nur ein gründlicher Abbau der Lebensmittelpreise. Die Kriegszulagen kommen nur dem Fixangestellten zugute, würde aber ein gründlicher Abbau der Lebensmittelpreise erfolgen, so gewänne die ganze Bevölkerung dabei, und es wäre nicht notwendig, die Steuern zu erhöhen. Wir dürfen nicht nur den Handel schützen, auch der Verbraucher soll in der Zukunft einen Anwalt im Ministerium finden. Wir in Oesterreich und in Deutschland glauben mit religiöser Inbrunst an die Wunderkraft der Organisation. Eine gute Organisation und die richtigen nachdenklichen Männer, die eher ihr Amt hinwerfen, als daß sie die Sache des Volkes lassen, die brauchen wir in Oesterreich. Ich habe gesagt, daß die Gemeinde in anerkenntniswerter Weise die traurige Lage ihrer Angestellten zu bessern sucht, ich höre aber, daß es in Oesterreich Anstalten gibt, deren Angestellte darben, während die Unternehmungen die Millionen anhäufen. Ich hoffe, daß die soziale Tat, die heute der Gemeinderat übt, beispielgebend wirkt bei diesen Unternehmungen, die es angeht. Ich glaube, der ganze Gemeinderat wird sich mit meiner Stimme vereinen, damit der Appell, den ich an ihren Patriotismus, an ihre Menschlichkeit richte, auch ein Echo findet.

Zur Vorlage selbst will ich nur einiges bemerken. In der Vorlage sind nur die nichteingesetzten Beamten und Lehrer berücksichtigt, und das kann man gegenüber den Gassisten ohne weiteres gelten lassen. Was ist es aber mit jenen, die dem Mannschafsstande angehören? Die sind im Vergleich viel schlechter daran. Denn sie bekommen keine Zulagen. Ich werde mir daher erlauben, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, dahingehend, daß man den als Mannschafstpersonen eingetragenen Angestellten der Gemeinde Wien eine Teuerungszulage gewähre oder, wenn dies abgelehnt würde, eine Zulage bis zu 50 Prozent ihres Gehaltes. Bezüglich der Zuwendung der Teuerungszulagen wurden die Angestellten in vier Klassen eingeteilt. Ich weiß nicht, ob dieser Wunsch berechtigt ist. Denn die Pensionisten haben keine Kinder mehr zu versorgen. Ich möchte aber anregen, daß, wenn Besuche von Pensionisten einlaufen, diese die Berücksichtigung des Stadtrates finden. Schließlich möchte ich noch dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Kriegszulagen sobald als möglich in die Hände der Beamten und Lehrer der Gemeinde Wien gelangen.

Angermanner weist darauf hin, daß in dem vorliegenden Beschluß einige Umstände vorhanden sind, die ihn veranlassen, um eine Abhilfe anzusuchen. Redner schließt sich der Meinung des Vorredners an, daß sich die Beamten und die Lehrerschaft der Teuerungszulage nicht erfreuen werden, da die ganzen Umstände und die heutige Zeit keine solche ist, daß durch die Zulage die mißliche Lage nur einigermaßen ausgeglichen werde. Die Gemeinde könne als sozial denkende Dienstgeberin nur tun, was sie zu tun imstande ist. In dem Moment, wo die Preise abgebaut würden, würde die ganze Teuerungsschuld überwälzt werden. Redner schließt sich auch dem Wunsch seines Vorredners an und meint, er hätte nur gewünscht, daß letzterer auch die Mittel dazu angegeben hätte. Redner weist auch darauf hin, daß die Fixangestellten in privaten Unternehmungen, wenn sie einrücken, die Familien meist unverforgt zurücklassen müssen, angewiesen auf den Unterhaltsbeitrag. Diese Not und dieses Elend schreit zum Himmel, und es ist traurig, daß wir in einem Staate leben, in dem Derartiges vorkommen kann. In der Vorlage, so erwähnt Redner, seien auch einige Ungleichheiten zu finden; so ist eine Ungleichheit in der Behandlung der Familien nach Eingerückten der städtischen Unternehmungen und bei solchen, die wirkliche Gemeindebeamte und Lehrer sind. Dies sei auf eine Zeit zurückzuführen, wo der Staat dem Angestellten, der den Eingerückten bezüglich der Arbeitsleistung vertrete, den vollen Gehalt ausbezahle, und in jene Zeit, in der man mit der Kriegsdauer von wenigen Monaten rechne.

Spalowsky stellt im Laufe seiner Ausführungen fest, daß die Gemeinde Wien im Vergleich zum Staat besser auf ihre Angestellten sehe; auch in dem Falle, in dem die Familie des Angestellten eine größere Kopfzahl aufzuweisen habe, sei die Gemeinde besser darauf bedacht, für dieselbe zu sorgen, als der Staat. Wenn die heutige Vorlage sich im großen und

Die Kriegszulagen für die städtischen Angestellten.

Bürgermeister Hof berichtet über die Bewilligung von Kriegszulagen für die städtischen Angestellten, einschließlich der Lehrpersonen, dann für Angestellte (Lehrpersonen) im Ruhestand, Witwen und Waisen.

Er führt aus: Bei der Bewilligung der ersten Kriegszulage in der Gemeinderatsitzung vom 16. Mai 1916 in der Höhe von 10 Millionen Kronen mußte auch an die Bedeckung durch Erschließen neuer Einnahmequellen gedacht werden. Es ist unangenehm